

Die Einbeziehung und Gleichbehandlung von Flüchtlingen ist nicht nur rechtlich, moralisch und menschlich geboten – sie gibt Deutschland als Einwanderungsland auch wichtige gesellschaftliche und wirtschaftliche Impulse.



PRO ASYL informiert

Bundestagswahl
2013

Menschenrechte jetzt zum Thema machen

Flüchtlinge suchen Schutz, Freiheit und eine menschenwürdige Zukunft. In Deutschland und anderen EU-Staaten werden sie stattdessen als nicht willkommene Bittsteller behandelt. Rassistische Einstellungen sind bis in die Mitte der Gesellschaft verbreitet. PRO ASYL setzt angesichts der Bundestagswahl das Thema Menschenrechte auf die politische Agenda. Wir konfrontieren die politisch Verantwortlichen mit der bedrückenden Realität von Flüchtlingen.

Gefahrensituation für Schutzsuchende an den EU-Außengrenzen bis hin zur Gleichbehandlung von Flüchtlingen im Inland.

Weitere zentrale Herausforderungen sind die Bekämpfung von Rassismus, der Schutz von Opfern rassistischer Gewalt, die Verhinderung der Inhaftierung von Flüchtlingen, die vollständige Umsetzung von Menschenrechtskonventionen wie der UN-Kinderrechtskonvention, die Gewährleistung eines fairen Asylverfahrens sowie ein großzügiges Aufnahmeprogramm für Flüchtlinge.

Gerechtigkeit und Teilhabe
Deutschland muss endlich zukunftsfähige Alternativen zur gegenwärtigen Abwehrpolitik gegenüber Flüchtlingen entwickeln. Schutzsuchende Menschen brauchen unsere Anteilnahme und Solidarität – nicht Misstrauen und Ablehnung.

Die Bundestagswahl 2013 ist eine große Chance, diese Positionen und Forderungen an die Politik heran zu tragen. Bitte sprechen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten in Ihrem Wahlkreis auf diese Themen an.

PRO ASYL stellt zusammen mit dem Interkulturellen Rat in Deutschland und dem Deutschen Gewerkschaftsbund Positionen und Forderungen für viele Politikbereiche auf – angefangen bei der

16.400.000
Menschen weltweit sind außerhalb ihres Landes auf der Flucht

300.000
stellten 2012 einen Asylantrag in einem EU-Staat

1.300.000
Syrer sind vor der andauernden Gewalt im Land bisher geflüchtet

23.500
davon haben 2012 einen Asylantrag in der EU gestellt

6.200
davon haben 2012 einen Asylantrag in Deutschland gestellt

Menschen wie Menschen behandeln

Wie eine Gesellschaft mit Flüchtlingen und Schutzsuchenden umgeht, macht deutlich, welchen Wert die Menschenwürde für ein Land hat. Annähernd 20 Jahre lang war die soziale Ausgrenzung Asylsuchender im Asylbewerberleistungsgesetz verankert. **Am 18. Juli 2012 hat das Bundesverfassungsgericht die unter Hartz-IV-Niveau liegenden Geldleistungen endlich für verfassungswidrig erklärt.**

Asylbewerberleistungsgesetz und andere Repressionen endgültig abschaffen

Das Asylbewerberleistungsgesetz ist Ausdruck einer inhumanen und stigmatisierenden Abschreckungspolitik. Flüchtlinge erleben Deutschland als eine Gesellschaft, in der sie nicht willkommen sind.

Das so genannte Sachleistungsprinzip entzieht Flüchtlingen ein wesentliches Stück Entscheidungsfreiheit über ihren Alltag. Die Versorgung mit Lebensmittel- und Kleidungspaketen sowie Einkaufsgutscheinen unterminiert die Selbstbestimmung.

Die medizinische Versorgung für Flüchtlinge ist stark eingeschränkt. Heil- und Hilfsmittel wie Zahnersatz, Brille, Hörgerät oder Rollstuhl werden oft verweigert.

Mit solchen Restriktionen entzieht man den Betroffenen zugleich die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe und Integration.

Immer noch werden Asylsuchende in Sammellagern untergebracht. Die Enge der Lager und die soziale Isolierung führt häufig zu schweren psychischen Belastungen.

Im ersten Jahr des Aufenthalts dürfen Flüchtlinge nicht arbeiten. Auch danach werden sie beim Arbeitsmarktzugang benachteiligt. Obwohl in vielen Regionen Deutschlands Arbeitskräfte fehlen, werden viele Asylsuchende dauerhaft in die Arbeitslosigkeit gezwungen.

Nach wie vor kann die Ausländerbehörde die Bewegungsfreiheit Asylsuchender und Geduldeter stark einschränken. Diese so genannte Residenzpflicht wird häufig als Mittel der Sanktionierung und Diskriminierung genutzt.

Chancen schaffen, Gleichbehandlung realisieren
Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten in Deutschland muss ein Leben in Würde ermöglicht werden.
Deutsch- und Integrationskurse vom ersten Tag an, uneingeschränkter

Zugang zum Arbeitsmarkt, Gewährung aller Kinderrechte und Chancengleichheit bei Bildung und Ausbildung – der Handlungsbedarf ist groß.

Sie wollen mehr über unsere Positionen zur Bundestagswahl 2013 wissen? Fordern Sie unsere ausführliche Broschüre „Menschenrechte für Migranten und Flüchtlinge“ an, die PRO ASYL zusammen mit dem Interkulturellen Rat in Deutschland und dem Deutschen Gewerkschaftsbund erarbeitet hat.

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

Herausgegeben im Mai 2013
Förderverein PRO ASYL e.V.
Postfach 16 06 24, 60069 Frankfurt/Main
proasyl@proasyl.de
Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 37020500, Konto-Nr. 8047300
IBAN DE62 3702 0500 0008 0473 00
BIC BFSWDE33XXX

www.proasyl.de

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, 10. Dezember 1948).
Viele Flüchtlinge riskieren alles auf der Suche nach einem menschenwürdigen Leben.



Syrien: 5.000 sind nicht genug

Am 20. März dieses Jahres erklärte Bundesinnenminister Friedrich, 5.000 Flüchtlinge aus Syrien in Deutschland aufnehmen zu wollen. Dies kann nur ein Anfang sein. Angesichts der Entwicklung in Syrien sollte syrischen Flüchtlingen eine Perspektive in Deutschland eröffnet werden. PRO ASYL fordert weitere Schritte.

Unterstützung der Erstaufnahmeländer

Insbesondere die Erstaufnahmestaaten für syrische Flüchtlinge in den direkten Nachbarregionen benötigen dringend Unterstützung. So hat Jordanien laut UNHCR bisher 437.000 Flüchtlinge aufgenommen – das sind fast 7% der eigenen Bevölkerung. Im Libanon stellen die 429.000 syrischen Flüchtlinge annähernd 10% der Bevölkerung. Die Länder der EU fordern die Aufnahmestaaten auf, ihre Grenzen weiter offen zu halten. Wer an andere

Länder diese Forderung stellt, muss auch selbst mehr leisten. Dass dies möglich ist, zeigt ein Beispiel aus dem Kosovo-Krieg. Damals wurden 20.000 Kriegsflüchtlinge nach Deutschland ausgeflogen.

Syrische Familienangehörige einreisen lassen

Mehr als 40.000 syrische Staatsangehörige leben in der Bundesrepublik. Viele von ihnen haben Verwandte, die Schutz benötigen. Bislang wurden jedoch viele Visaanträge einfach abgelehnt. Die Bundesregierung muss in Deutschland lebenden Syrern endlich ermöglichen, Angehörige bei sich aufzunehmen.

Asylzuständigkeit übernehmen

Viele syrische Kriegsflüchtlinge, die zu ihren Verwandten nach Deutschland wollen, sitzen zum Beispiel in Bulgarien

und Griechenland fest. Aufgrund der europäischen Asylzuständigkeitsregelung gibt es für sie kaum legale Möglichkeiten der Weiterreise. In Griechenland existiert kein funktionierendes Asylsystem, Flüchtlinge werden unter menschenunwürdigen Bedingungen inhaftiert oder auf die Straße gesetzt, rassistische Attacken und Polizeigewalt sind alltäglich. Auch in Bulgarien drohen Flüchtlingen willkürliche Inhaftierungen, Misshandlungen und Obdachlosigkeit.

Wir fordern, dass Deutschland von sich aus die Zuständigkeit für diese Flüchtlinge übernimmt.

Gefahrenfreie Einreise in die EU ermöglichen

Die Außengrenzen der EU sind auch für syrische Kriegsflüchtlinge kaum überwindbar. Einer der letzten verbliebenen Zugangswege – hochgefährlich und für viele tödlich – ist die Ägäis. Wie viele Schutzsuchende bislang ihr Leben auf dem Meer zwischen der Türkei und Griechenland verloren haben, ist unbekannt. **Deutschland und die EU müssen endlich die Grenzen für Schutzsuchende öffnen und ihnen lebensgefährliche Fluchtwege ersparen.**



Die letzten verbliebenen Fluchtrouten sind hochriskant.

Mehr als die Hälfte der syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge sind Kinder.

„Wir brauchen offene Türen für Verfolgte.“
Bundespräsident Joachim Gauck

FLUCHT IST KEIN VERBRECHEN | PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

Vom Abwehrrecht zum Einwanderungsrecht

Ob EU oder Deutschland – die Politik gegenüber Flüchtlingen ist gekennzeichnet durch eine möglichst effektive Abschottung. Grenzaufrüstung, Inhaftierung, Rechtlosigkeit, Abschiebung – das System ist auf Abwehr ausgerichtet. Ein Politikwechsel ist dringend erforderlich.

Gerechte und solidarische Flüchtlingsaufnahme

Schutzsuchende müssen in dem EU-Land ihren Asylantrag stellen, das sie bei ihrer Einreise als erstes erreicht haben. Mit dieser Bestimmung wird den EU-Grenzstaaten die Hauptverantwortung für die Asylverfahren zugewiesen. Damit sind sie vielfach überfordert – wie die prekäre Lage von Flüchtlingen in Griechenland, Bulgarien, Malta oder Ungarn zeigt. Asylsuchende erleben dort Obdachlosigkeit, Hunger, Elend, Kälte, Haft und Gewalt. Dieses Unrecht muss ein Ende haben.

PRO ASYL fordert eine Neuausrichtung der europäischen Asylpolitik. Schutzsuchende sollen selbst bestimmen können, in welchem Land der EU sie den Asylantrag stellen und ihr Asylverfahren durchlaufen möchten. Dies wäre eine entscheidende Wende in der menschenrechtlichen Krise der europäischen Asylpolitik.

Mehr Rechte gegen Abschiebung

Sowohl in der Europäischen Charta der Grundrechte als auch im deutschen Grundgesetz ist das Recht festgeschrieben, sich gegen falsche Behördenentscheidungen wehren zu dürfen. Vielen Flüchtlingen wird dieses Recht verweigert, wenn sie in das für sie zuständige EU-Land abgeschoben werden sollen. In Nacht- und Nebelaktionen werden die Menschen aus ihren Betten geholt und zum Flughafen transportiert. Familien werden auseinander gerissen, Lebensperspektiven zerstört.

Wir fordern: Asylsuchende müssen Anspruch auf effektiven Rechtsschutz haben. Die menschen- und europarechtswidrigen Bestimmungen des deutschen Asylverfahrensgesetzes sind aufzuheben.

Für ein faires Aufenthaltsrecht

Mehr als 100.000 Menschen leben in Deutschland mit einer immer wieder nur befristeten Aufenthaltserlaubnis. Ihre Situation ist prekär: Verlust des Aufenthaltstitels bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit, kein Nachzug von Familienangehörigen – und das selbst nach vielen Jahren legalen Aufenthalts. **PRO ASYL fordert für diese Menschen eine un-**

befristete Niederlassungserlaubnis sowie die Gestattung des Familiennachzugs. Spätestens nach fünf Jahren sollen Menschen sicher sein können, dass sie bleiben dürfen.

Bleiberecht verwirklichen

Immer noch leben fast 86.000 Menschen in Deutschland mit einer Duldung, rund 36.000 bereits länger als sechs Jahre. Über 22.000 der Geduldeten sind minderjährig. Aus den Bleiberechtsregelungen der Vergangenheit sollten nun endlich die richtigen Lehren gezogen werden. Zu jung, zu alt oder zu arm für ein Bleiberecht – dieser Effekt früherer Regelungen muss außer Kraft gesetzt werden. **Eine wirkungsvolle neue Bleiberechtsregelung muss stichtagsunabhängig sein und darf keine unerfüllbaren Bedingungen an die betroffenen Menschen stellen.**

Zur Flüchtlingsaufnahme in der EU hat PRO ASYL zusammen mit anderen Organisationen ein umfangreiches Memorandum unter dem Titel „Für ein gerechtes und solidarisches System der Verantwortlichkeit“ entwickelt. Mehr Informationen dazu unter www.proasyl.de.

„Das Recht ist die Waffe der Schwachen.“
Bundespräsident Gustav Heinemann
1969 – 1974

FLUCHT IST KEIN VERBRECHEN | PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

Eine unserer zentralen Forderungen zur Bundestagswahl: Flüchtlinge sollen selbst bestimmen können, in welchem Land der EU sie ihr Asylverfahren durchlaufen möchten.